

Rechtsnormen verändern noch nicht die Wirklichkeit

Prof. Dr. Jutta Limbach, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts a. D. begeistert die Landefrauenräte Deutschlands

Vom 18.-20. September findet im Magdeburger Ratswaagehotel die Bundeskonferenz der Landesfrauenräte Deutschlands statt. Integriert ist eine öffentliche Fachtagung am **19. September** unter dem Motto „Artikel 3 GG, Männer und Frauen sind gleichberechtigt?“. Hier traten u. a. auf

- Prof. Dr. Jutta Limbach, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts a. D.
- Dr. Gerlinde Kuppe, Sozialministerin Sachsen-Anhalt
- Eva Maria Welskop-Deffaa, Leiterin Abteilung Gleichstellung im BMFSFJ
- Christa Stolle, Bundesgeschäftsführerin TERRE DES FEMMES

Die Teilnehmerinnen waren von den mitreißenden Worten von Frau Prof. Limbach hellauf begeistert. Besonders ihr deutliches Eintreten für eine rechtlich abgesicherte Pluralität der Lebensformen und die Freiheit für Frauen und Männer, ihr Leben selbst zu gestalten, fand ungeteilte Zustimmung. „Wir haben keine Angst vor den Spuren des Herbstes im Gesicht einer Frau, wenn sie Ergebnis der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind.“ so Jutta Limbach.

Allerdings wurde in der Diskussion auch deutlich, dass trotz einhelligem Bekenntnis der Bundes- und Landesebene die tatsächliche Gleichstellung von Frauen, jenseits aller Gesetzlichkeiten, noch immer nicht gegeben ist. „Rechtliche Gleichstellung bewirkt nicht automatisch tatsächliche Gleichstellung.“, führte Prof. Limbach aus. Sie warb nachdrücklich dafür, dass deutlich mehr Frauen den Klageweg im Falle von Benachteiligung beschreiten. „Nicht nur für sich persönlich, sondern stellvertretend für ihr ganzes Geschlecht, um Rechtsnormen und deren Auslegung nachhaltig zu verändern.“

„Aktuell“, so die Vorsitzende des Landesfrauenrates Ute Fischer, „gibt uns die Erhöhung der Fördersumme für den Landessportbund sehr zu denken, was die gleichberechtigte Verteilung von Geldern angeht, wenn zeitgleich bei den Frauenprojekten 200.000 € gespart werden sollen.“

In der Abschlusserklärung der internen Konferenz der Delegierten der Landesfrauenräte aller Bundesländer, die am Sonntag verabschiedet werden soll, sprechen sich die Teilnehmerinnen dafür aus, vor der Wahlentscheidung zur Bundestagswahl genau zu prüfen und zu hinterfragen, welche Partei tatsächlich frauen- und gleichstellungspolitische Inhalte umsetzen will.

Prof. Limbach erinnerte in ihrer Rede zu Recht daran, dass die Vorkämpferin für das Frauenstimmrecht Anfang des letzten Jahrhunderts die Frauen dazu aufforderten, dass Stimmrecht als DIE zentrale Waffe im Kampf für mehr Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern zu sehen.

Für Rückfragen steht ihnen Frau Ute Fischer über 0172 – 590 86 14 (Apparat der Geschäftsführerin) gern zur Verfügung.